

PETERSON CLAES

PETER THE GREAT'S ADMINISTRATIVE AND JUDICIAL REFORMS

(Die Verwaltungs- und Gerichtsreformen Peters des Großen).

Nordiska Bokhandeln. Stockholm 1979, 448 Seiten.

Das sich auf zeitgenössische Originalquellen und die breiten Basen der ausgedehnten internationalen wissenschaftlichen Literatur über das Zeitalter Peters des Großen stützende Werk untersucht die Umgestaltung der Staatseinrichtung des zaristischen Rußland in der historischen Periode, die wir im allgemeinen als den Übergang zum Absolutismus kennen. Dieser Band ist eines der neueren Ergebnisse der für uns bis zum heutigen Tag zum größten Teil als unbekannt erscheinenden nordischen Rechtsgeschichtswissenschaft, welcher unser Interesse nicht so sehr durch sein objektives Kenntnismaterial, sondern eher durch seinen spezifischen Aspekt auslöst. Der Autor ist nämlich von der Annahme ausgegangen, daß die im Titel enthaltenen russischen (Verwaltungs- und Gerichts-) Reichsreformen Ausdruck der Rezipierung des schwedischen Modells darstellen, welches sich der große Herrscher bzw. seine engere Umgebung deswegen zu eigen gemacht haben, weil er in ihm wahrscheinlich unter den von ihm auch persönlich untersuchten ausländischen Modellen (dem holländischen, dem englischen usw.) seine Zielsetzungen am ehesten zu verwirklichen sah (siehe Claes Peterson, op. cit. (1979), S. 410–413). Bei der näheren Untersuchung der Gründe dafür bringt der Autor die Vermutung zum Ausdruck, daß das damalige schwedische Modell eines der organisiertesten Beispiele der zentralisierten (absolutistischen) Staatseinrichtungen darstellte. Darüber hinaus weist weiterhin auch die als begründet erscheinende Schlußfolgerung, daß das (föderalistische) verbürgerlichte holländische Regierungssystem oder der wirtschaftlich-gesellschaftliche Hintergrund der im Feuer der Revolutionen entstandenen englischen parlamentarischen Monarchie offensichtlich nicht die ungeteilte Sympathie des feudalen zaristischen Rußland erhöhten.

Auf Grund der analysierenden Untersuchungen von Claes Peterson bzw. seiner stark vertretenen komparativen Bestrebungen erscheint vor uns die im 17. Jahrhundert entstandene Struktur der schwedischen Staatsmacht, die in erster Linie in ihrer Finanz- (Steuer-), Militär- bzw. Gerichts- und Verwaltungsstruktur den Schöpfern des russischen Absolutismus ein zu befolgendes Beispiel bot. In einer derartigen historischen Möglichkeit war für Peter den Großen zweifellos zum Beispiel die Hoffnung der Vielfältigung des Staatseinkommens im Wege der vom Westen übernommenen neuen Finanzverwaltungsstruktur anziehend. Die Regierung hatte je-

doch nicht damit gerechnet, daß auch die herbeigerufenen ausländischen Experten das sich krampfhaft an die veraltete Ordnung klammernde russische Finanzpersonal nicht entbehren konnten. (Siehe ebd., S. 414 – 417.)

Die Zentralisierung der Staatseinrichtung des russischen Reiches hatte bereits in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eingesetzt und die sich auf brutale Gewalt stützende zaristische Staatsmacht ist in der Zeit Peters des I. auch bis zu den Formen der Gwaltherrschaft gelangt, denn seine Macht wurde – der zeitgenössischen Auffassung zufolge – schon seit der Jahrhundertwende als unbeschränkt betrachtet. Weiterhin sieht der Autor auch gut, daß die durchgeführten Reformen die Integrierung der zivilen und militärischen Verwaltungsstruktur zum Ergebnis hatten. So begann mit den in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts durchgeführten Reformen die bedeutendere Umgestaltung der Staatseinrichtung. Die in der Armee durchgeführten Veränderungen, bzw. die bekannten Militär- und Marinereglemente schufen die Grundlagen für ein ständiges Heer, wodurch die Unzuverlässigkeit der überholten adligen Streitkräfte bzw. der sogenannten Strelezen ausgemerzt wurde. In Wirklichkeit aber können wir nur die Wirtschafts- und Finanzreformen als Befolgung des schwedischen Modells betrachten, während in der militärischen Organisation der preußische Einfluß dominierte.

Eine hervorragende Bedeutung läßt der Autor auch weiterhin den neu organisierten zentralen Verwaltungs- (Regierungs-) Organen zukommen, welche die dem 1711 aufgestellten Regierungssenat unterstellten Kollegien darstellten. Der Senat hatte sich aus der 1699 geschaffenen Geheimen (Näheren) Kanzlei entwickelt, als das die Person des Herrschers verkörpernde höchste Regierungsorgan. Seine Mitglieder wurden vom Herrscher unabhängig von Geburt und Rang ernannt und oft auch individuell mit außerordentlicher Macht versehen. Zur Übernahme der unterschiedlichen Verwaltungssachbereiche wurden neben den Senat beordnete Kanzleien aufgestellt bzw. sowohl in die zentralen als auch die örtlichen Verwaltungsorgane Revisoren entsandt, deren Tätigkeit beim Oberrevisor bzw. Oberstaatsanwalt zusammenlief. So gerieten auch die das alte Verwaltungssystem ablösenden Kollegien unter unmittelbare Aufsicht des Regierungssenates.

Die nach dem Muster der im Westen entstandenen Dikasterien aufgestellten Kollegien (1718) haben mit Recht die Aufmerksamkeit des Autors auf sich gezogen. Der Anspruch nach Schaffung zentraler Verwaltungsorgane mit streng abgegrenztem Aufgabenbereich ließ also die staatlichen Kollegien entstehen, die von nun an die Stelle der alten Prikas-Ämter einnahmen. Und das allgemeine Reglement der Kollegien (1720) regelte auch eingehend ihre Kompetenzbereiche. Hauptsächlich bei der Darstellung der Tätigkeit der kollegialen Organisation der Finanzverwaltung (Central Fiscal Administration, siehe S. 140 – 208) bzw. der Justiz-, Handels- und Militärkollegien (siehe Teile IV – VII) konnte dies der bekannte schwedische Rechtsgeschichtsforscher auch empirisch veranschaulichen.

Schließlich vermutet der Autor die auffallenden Zeichen der Rezipierung des schwedischen Modells (Svedish Prototype, siehe S. 223) bei der Reform der örtlichen Verwaltungsorganisation (1719), welche die volle Entfaltung des Regierungssystems brachte. In Wirklichkeit wurde dieses System freilich bereits durch die Reformen des Jahres 1708 (Über die Organisation der Gubernien) begründet und im Jahre 1714 wiederholt weiterentwickelt. Die dreigeteilte örtliche Verwaltungsorganisation (Gouvernement, Provinz, Distrikt) stellte übrigens tatsächlich die Verflechtung der zivilen mit der militärischen Verwaltung dar.

Mihály T. RÉVÉSZ